

Relations internationales - Luxembourg

Bettel in Downing Street 10

Premierminister Xavier Bettel setzt seine Serie an Auslandsbesuchen fort: In London wird er heute von seinem britischen Amtskollegen David Cameron zu einem Arbeitstreffen erwartet. Neben den bilateralen Beziehungen stehen europapolitische Themen wie die Flüchtlingskrise und das Referendum zur europäischen Zukunft von Großbritannien auf der Tagesordnung. In der London School of Economics wird Xavier Bettel eine Rede zum Thema „Europe 2.0: The new challenges of the European Union“ halten.

Luxemburger Wort du 27.10.2015 / page 9

Relations internationales - Luxembourg

Vite lu

La Russie va devoir continuer ses efforts

LUXEMBOURG - Selon Jean Asselborn, la Russie doit poursuivre ses efforts dans le respect des accords de Minsk. Ce n'est qu'à cette condition que l'embargo de l'UE sera levé.

L'essentiel du 27.10.2015 / page 4

Union Européenne - Budget / Fiscalité

Mangel an Transparenz

EU-Abgeordneter kritisiert luxemburgische Regierung

Luxemburg. Am kommenden Montag stehen die Abstimmungen des Berichts des Taxe-Sonderausschusses an. „Leider sind wir mit unserer Arbeit nicht fertig, und das hat auch damit zu tun, dass die Luxemburger Regierung an sieben verschiedenen Stellen die Arbeit unseres Ausschusses behindert hat“, bedauerte am Montagmorgen Sven Giegold, Koordinator der Grünen im Steuerausschuss des Europaparlaments, bei einer Pressekonzferenz im Großherzogtum. Auch sei das laufende Verfahren gegen Antoine Deltour für die Aufklärung des aggressiven Steuerwettbewerbs ein großes Hemmnis. Sven Giegold forderte die Luxemburger Regierung auf, „Zugang zu allen relevanten Dokumenten der Ratsarbeitsgruppe zu geben und damit dieser Blockade ein Ende zu bereiten“. (ndp)

Luxemburger Wort du 27.10.2015 / page 1

Union Européenne - Budget / Fiscalité

Sven Giegold, Koordinator der Grünen im Steuer-Ausschuss des Europaparlaments

„Dokumente endlich freigeben!“

Die Luxemburger Regierung soll die Arbeit der Abgeordneten systematisch behindert haben

VON NADIA DI PILLO

Sven Giegold, Koordinator der Grünen im Steuer-Ausschuss des Europaparlaments, übt scharfe Kritik an der luxemburgischen Regierung.

Am kommenden Montag stehen die Abstimmungen zum Bericht des Taxe-Sonderausschusses an. „Leider sind wir mit unserer Arbeit nicht fertig und das hat auch damit zu tun, dass die Luxemburger Regierung an sieben verschiedenen Stellen die Arbeit unseres Ausschusses behindert hat“, bedauerte Sven Giegold, Koordinator der Grünen im Steuer-Ausschuss des Europaparlaments, bei einer Pressekonferenz im Großherzogtum. Der Abgeordnete warf Pierre Gramagna vor, sich nicht an sein Versprechen gehalten zu haben. „Am 18. Mai waren wir schon einmal hier in Luxemburg. In der nachfolgenden Pressekonferenz erklärte der luxemburgische Finanzminister: 'Wir haben nichts zu verstecken'. Leider hat er sich an diese Ankündigung nicht gehalten.“

Am 22. April habe der Ausschuss eine umfangreiche Liste mit Informationswünschen an alle Mitgliedsländer versandt, darunter auch an die Luxemburger Regierung. Diese Informationsliste umfasste den Zugang zu den Steuervorbescheiden, die in Luxemburg erteilt wurden. „Leider bekamen wir darauf keine ausreichende Antwort. Insbesondere erhielten wir keine Informationen darüber, wie viele Rulings aus Luxemburg ausgestellt wurden, mit welchen anderen Ländern und welchen ökonomischen Wert diese Rulings darstellen“, beschwerte sich Sven Giegold.

Kein Zugang zu Dokumenten

Für die Arbeit des Ausschusses sei es noch wichtiger, Zugang zu den Dokumenten und den Protokollen der Hohen Ratsarbeitsgruppe zum Verhaltenskodex „Unternehmensbesteuerung“ zu erhalten. Diese Arbeitsgruppe tage seit 1998 und untersuche die verschiedenen Formen aggressiven Steuerwettbewerbs in der EU für den Be-

reich der Unternehmenssteuern. Zu diesen Dokumenten habe das Europaparlament bis heute einen sehr begrenzten Zugang. „Die wichtigsten Dokumente sind uns vollständig verschlossen. Seit 2010 haben wir inzwischen alle Dokumente dieser Arbeitsgruppe erhalten, bis auf die 26 sensibelsten. Die liegen jetzt in einem Leseraum. Hier sind alle Angaben von Mitgliedsländern geschwärzt, die sich geweigert haben, dem Ausschuss gegenüber transparent zu werden. Leider gehört Luxemburg zu den Ländern, die uns alles geschwärzt übergeben haben.“

Eine zentrale Forderung lautet deshalb, dass die Regierung diese Dokumente „endlich freigibt und dafür sorgt, dass wir sehen können, wie sich Luxemburg in dieser Ratsarbeitsgruppe über Jahre verhalten hat“.

Ein anderer Punkt, den Giegold kritisierte, ist dass der Rat unter Luxemburger Präsidentschaft keine vernünftigen Informationen an das Parlament übersandt habe. Der Rat sei selbst Träger von Informationen und habe erneut den Zugang zu vielen sensiblen Dokumenten und Protokollen verhindert. „Fakt ist, dass wir bisher weder durch die Einzelländer noch durch den Rat, noch durch die Kommission einen Zugang zu den Protokollen und allen älteren Dokumenten der Ratsarbeitsgruppe haben und deshalb eben nicht beurteilen können, wie es zu diesem massiven Versagen der europäischen Institutionen im Bereich des Unternehmenssteuerwettbewerbs kam“, sagte Giegold. Über 17 Jahre lang sei im Bereich der Bekämpfung aggressiven Steuerwettbewerbs durch Großunternehmen in der EU fast nichts geschehen. Erst jetzt habe die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager angefangen, ernsthafte Maßnahmen zur Wiederherstellung der Integrität des Binnenmarktes einzuführen.

„Warum der Rat und die Kommission nicht gehandelt haben, können wir nicht beurteilen, wenn wir nicht über die entscheidenden

Dokumente verfügen. Und da spielt eben die Luxemburger Regierung eine entscheidende Rolle, weil sie sowohl ihre eigenen Dokumente verweigert als auch den Zugang zu den Unterlagen des Rates blockiert“, bedauerte Giegold.

Klage vor dem EuGH

Damit verstoße die Luxemburger Regierung gegen den Geist grundlegender europäischer Verträge, vor allem gegen Artikel 42 (Recht auf Zugang zu Dokumenten) der Grundrechte-Charta der Europäischen Union. Er sei auch deshalb sicher, dass eine Klage auf Dokumentenzugang Erfolg haben könnte. „Und ich werde diese Klage vor den Europäischen Gerichtshof tragen, wenn wir dieses Problem nicht lösen können.“

In der Frage nach der Substanz für wirtschaftliche Betätigung in Luxemburg sei die Antwort des Finanzministers ebenfalls enttäuschend gewesen. Auch sei das laufende Verfahren gegen Antoine Deltour für die Aufklärung aggressiven Steuerwettbewerbs ein großes Hemmnis.

„Die Regierung Luxemburgs hat systematisch die Arbeit des Europäischen Parlaments im Bereich der Aufklärung des Steuerskandals behindert. Transparenz ist aber grundlegend für Demokratie. Die Luxemburger Ratspräsidentschaft beschädigt und behindert den Respekt der Bürger und Bürgerinnen für das Europaparlament dadurch, dass sie den Zugang zu Informationen behindert“, sagte anschließend Sven Giegold und forderte die Luxemburger Regierung auf, „dieser Blockade ein Ende zu bereiten“.

Das Luxemburger Finanzministerium steht diesen Vorwürfen gelassen gegenüber. Sven Giegold spreche in seinem eigenen Namen und nicht im Auftrag des Ausschusses, hieß es gestern auf Nachfrage. Auch habe Pierre Gramagna selbst schon ausführlich Stellung dazu genommen, sei es in parlamentarischen Anfragen oder vor dem Steuer-Ausschuss.

Union Européenne - Budget / Fiscalité

„Alles ist geschwärzt“

LUXLEAKS Sven Giegold vom TAXE-Ausschuss richtet Vorwürfe an Luxemburger Regierung

Armand Back

Es sind nicht die sieben Todsünden, die der Luxemburger Regierung vorgeworfen werden. Doch wiegen die sieben Vorwürfe des grünen Europaabgeordneten Sven Giegold im Zusammenhang mit den Tax Rulings schwer. Einige allerdings mehr als andere.

Sven Giegold ist Europaabgeordneter und einer der Koordinatoren im Sonderausschuss TAXE des Europäischen Parlamentes (EP). Dieser wurde im Zuge des LuxLeaks-Skandals gegründet, unter anderem auf Initiative Giegolds hin, der auch im Ausschuss eine treibende und durchaus hartnäckige Kraft ist.

Der TAXE-Ausschuss befasst sich mit Steuerbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art und Wirkung. Gegründet wurde er im Februar 2015. Angedacht war eine zeitliche Begrenzung auf sechs Monate. Geht es nach Giegold, wird das Mandat verlängert. „Denn leider sind wir mit der Arbeit nicht fertig“, sagt Giegold. Und daran trage nun einmal auch Luxemburg eine gehörige Portion Schuld.

Giegold, der gestern in Luxemburg vor der Presse sprach, erhebt sieben Vorwürfe gegen die Luxemburger Regierung: 1. Luxemburg gebe dem Europaparlament keine ernst zu nehmenden Antworten; 2. Luxemburg verweigere die Weitergabe von Dokumenten und Protokollen aus der seit 1998 tagenden Hohen Ratsarbeitsgruppe zum Verhaltenskodex „Unternehmensbesteuerung“; 3. der Rat, unter Luxemburger Präsidentschaft, räume dem EP in den Anhörungen keine aussagekräftigen Informationen ein; 4. die EU-Kommission bekomme mit dem unter Luxemburger Ratspräsidentschaft ausgearbeiteten Vorstoß zum automatischen Informationsaustausch zu Steuervorbescheiden nicht den nötigen Zugang, um ihrer Rolle als „Hüterin der Verträge“ gerecht zu werden; 5. Luxem-

burg habe keine Konsequenzen aus dem Walmart-Skandal gezogen; 6. Luxemburg habe die Leitlinie zur wirtschaftlichen Substanz eines Unternehmens nicht wie versprochen an den Sonderausschuss übermittelt; 7. Luxemburg habe mit den Ermittlungen gegen Whistleblower Antoine Deltour ein schlechtes Beispiel gesetzt.

Welcher Vorwurf am meisten Substanz hat, ist schwer zu beurteilen. Tatsächlich wurden den Europaabgeordneten vor Kurzem die 26 sensibelsten Dokumente und Protokolle der sogenannten Hohen Ratsarbeitsgruppe zum Verhaltenskodex „Unternehmensbesteuerung“ in einem Lesesaal zur Verfügung gestellt.

Diese Dokumente zeigen, welcher EU-Mitgliedstaat sich in diesen Diskussionen wie verhalten hat. Steuerdetails von Unternehmen sind hier nicht zu finden. Die Passagen, die Luxemburg betreffen, sind laut Giegold aber „alle geschwärzt“.

„Wir können deshalb nicht beurteilen, wie es zu diesem massiven Versagen der europäischen Institutionen gekommen ist“, bemängelt Giegold.

Luxemburg ist allerdings nicht der alleinige „Schwärzer“. 13 andere EU-Staaten verhalten sich ebenso, darunter etwa Belgien, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich. Länder wie Österreich, Zypern, Irland (denen auch nicht der beste Ruf vorausseilt), Deutschland und Frankreich sind da offener.

Für Giegold stellt sich die Frage, „ob Luxemburg versucht hat, die Arbeit des Rates und der Kommission für einen fairen Steuerwettbewerb in der EU aktiv zu behindern“. Giegold erwägt, den Zugang zu den Dokumenten notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof rechtlich durchzusetzen. Auf der Anklagebank würde dann aber nicht Luxemburg, sondern die Kommissi-

on und der Rat sitzen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Frage nach der wirtschaftlichen Substanz, über die ein Unternehmen in einem Land verfügen muss, um dort seinen Sitz zu haben und sich nach den Gesetzen des Landes besteuern lassen zu können. Giegold nennt das Beispiel des US-amerikanischen Kaufhaus-Giganten Walmart. Walmart verfügt laut Giegold in Luxemburg über 22 Gesellschaften, von denen fünf 2015 gegründet wurden.

Eine materielle wirtschaftliche Aktivität, wie etwa einen Supermarkt zu betreiben, gebe es aber nicht. Für Giegold stellt sich demnach die Frage, was hier „Substanz“ heiße. „Entweder werden die Gesetze zur wirtschaftlichen Substanz nicht angewandt oder den Gesetzen mangelt es an Substanz“, findet Giegold. Den Luxemburger Leitfaden, was wirtschaftliche Substanz rechtlich hierzulande bedeute, sei Finanzminister Pierre Gramegna trotz anders lautender Versprechungen bis heute schuldig geblieben.

Auch den so gut wie beschlossenen automatischen Informationsaustausch von Tax Rulings zwischen den Steuerbehörden der EU-Mitgliedstaaten bemängelt Giegold. Luxemburg, da es den Rat präsidiert, trage hier ebenfalls eine besondere Verantwortung. Giegolds Kritik richtet sich gegen die Entscheidung, der Kommission nur sehr begrenzten Zugang zu den Steuerbescheiden zu lassen. Anders als es etwa die Ambitionen von Kommissionspräsident Juncker sowie seiner Kommissare Moscovici und Vestager waren. Für die Datenbank der Kommission sollen laut Giegold die Namen der Unternehmen gelöscht werden. Der Kommission werde auch das Recht entzogen, diese Daten im Rahmen des Wettbewerbsrechts zu verwenden. „Ein starkes Stück“, wie Giegold findet.

Das Justizverfahren gegen Antoine Deltour, der mit den von seinem früheren Arbeitgeber Pri-

>>>

Union Européenne - Budget / Fiscalité

WaterhouseCoopers entwendeten Dokumenten den Lux-Leaks-Skandal ins Rollen brachte, sieht Giegold als „Abschreckung für andere Whistleblower“ und als „Hemmnis“ für die Arbeit des TAXE-Sonderausschusses. „Natürlich rufe ich auf“, sagt Giegold in dieser Hinsicht, „dass so lange wir diese Dokumente und Informationen nicht offiziell bekommen, andere Informationsgeber uns diese Informationen zusenden und damit die Aus-

schussarbeit möglich machen, die derzeit von der Luxemburger Regierung behindert wird.“ Luxemburg habe „die Arbeit des EP systematisch im Bereich der Aufklärung des Steuerhandels behindert – Transparenz ist aber grundlegend für Demokratie.“

Giegold ist offensichtlich nicht geneigt, klein beizugeben. Doch wie geht es weiter? Der TAXE-Sonderausschuss stimmte gestern Abend über seine Empfehlungen für eine faire und transpa-

rente Unternehmensbesteuerung ab. Das Plenum wird im November darüber befinden. Grüne, Linke und Liberale wollen eine Verlängerung des Mandates des Sonderausschusses. Die größte Fraktion im EP, die konservative EVP, sprach sich bislang dagegen aus. Giegold will auf jeden Fall weitermachen. Notfalls mit einem neuen Anlauf für einen Untersuchungsausschuss. Der hätte dann auch mehr Rechte in Bezug auf den Zugang zu Dokumenten.

tageblatt du 27.10.2015 / page 13

Union Européenne - Budget / Fiscalité

MAUVAISE RÉPUTATION

Auteurs de *Tentative d'évasion (fiscale)*, les sociologues français Michel Pinçon et Monique Pinçon-Charlot ont la dent particulièrement dure avec le Grand-Duché, estimant, entre autres, que «le Luxembourg est un des lieux privilégiés de la fraude fiscale». Ils détaillent notamment la façon dont le géant américain du commerce en ligne Amazon échappe

à l'impôt dans les pays où il réalise ses bénéfices en s'appuyant sur le système luxembourgeois des rescrits fiscaux. Évoquant Jean-Claude Juncker et sa fonction d'ancien Premier ministre du Luxembourg, ils affirment, dans une interview accordée au site français *The Dissident*, qu'«on a à la tête de l'Europe un individu qui est un complice évident de la fraude fiscale».

LE QUOTIDIEN du 27.10.2015 / page 4

Union Européenne - Budget / Fiscalité

„Systematisch behindert“

Informationen über Steuer-„Rulings“: Grünen-Europaabgeordneter Sven Giegold erhebt schwere Vorwürfe gegen EU-Institutionen und Luxemburg - Klage vor EU-Gerichtshof erwogen

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

Wir sind nicht fertig, weil in vielen Punkten Obstruktion gemacht wurde“, sagte der deutsche Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold gestern morgen bei einer Pressekonferenz in Luxemburg im Vorfeld einer Sitzung des so genannten „TAXE-Komitees“ des Europaparlaments gestern Abend in Brüssel. Der finanz- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Europaparlament ist einer der Hauptmotoren dieses Sonderausschusses, den das Europaparlament im vergangenen Februar im Zuge des LuxLeaks-Skandals einsetzte, um die Praxis der Absprachen von Steuerverwaltungen mit Konzernen zu untersuchen. Der Ausschuss sei bei seiner Arbeit auf große Widerstände gestoßen, wie Giegold berichtete, Widerstände, die den in den EU-Verträgen festgehaltenen Prinzipien der gegenseitigen Kooperation und der Solidarität widersprechen würden. Außerdem werde das fundamentale Recht der Bürger zu Dokumenten des EU-Rats und der EU-Kommission mit Füßen getreten.

Konkret geht es unter anderem um den Zugang zu den Akten des so genannten „Code of Conduct Group“ zur Unternehmensbesteuerung, der 1998 vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister eingesetzt wurde, um Steuermaßnahmen abzuschaffen, die zu einem unlauteren Wettbewerb zwischen den Staaten führen.

Geschwärzt und ausgewichen

Den „TAXE“-Ausschuss interessiert besonders, wie sich die Vertreter der Länder bei diesen Gesprächen verhielten. Luxemburg habe zwar Dokumente geliefert, doch die wichtigen Passagen seien „geschwärzt“ gewesen, kritisierte Giegold, der sich außerdem darüber aufregte, dass die Fragen des Europaparlaments zu den Steuerpraktiken sehr unzureichend beantwortet wurden und bislang noch immer nicht gewusst sei, wieviele „Rulings“ die luxemburgische Verwaltung mit welchen Unternehmen vereinbart habe. Der Europaabgeordnete bemängelte außerdem, dass Luxemburg die Richtlinien für die wirtschaftliche Substanz, die ein Unternehmen aufweisen müsse, das sich im Großherzogtum implantiert, noch nicht herausgegeben hat. Giegold führte das Beispiel des US-Konzerns Walmart an, das über 22 Filialen in Luxemburg verfüge, aber keinen einzigen Supermarkt hier betreibe.

Der Grünen-Politiker prangerte auch die Strafverfolgung von Antoine Deltour an. Durch den ehemaligen Mitarbeiter des Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers waren 2010 „Ruling“-Dokumente zunächst an die französische Presse gelangt. Später hatte das Journalistenkonsortium ICIJ einen Teil davon veröffentlicht.

Statt den „Whistleblower“ zu belangen, täte Luxemburg besser daran, den Schutz von Menschen zu verstärken, die Missstände aufdecken, meint Giegold, der auch 13 andere Staaten wie die Niederlande oder Großbritannien für die mangelnde Kooperation mit dem „TAXE“-Ausschuss rügte. Auch der Ministerrat und die EU-Kommission hätten zur „systematischen Behinderung“ der Arbeit des Komitees beigetragen. Der Europa-

abgeordnete erwägt sogar eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof, sollte die von einigen Ministern öffentlich versprochene Transparenz in Steuerfragen nicht in die Tat umgesetzt werden. Giegold will auf jeden Fall eine Verlängerung des Mandats für den „TAXE“-Ausschuss über

Union Européenne - Budget / Fiscalité

den November hinaus erreichen, denn der habe seine Mission längst nicht abgeschlossen. Gestern Abend sollten die Ausschussmitglieder über einen Abschlussbericht abstimmen. Diesen will das Finanzministerium erst einmal abwarten, ehe es auf die Vorwürfe Giegolds reagiert, hieß es gestern auf Nachfrage. Verwiesen wird denn auch auf Antworten auf parlamentarische Fragen, in denen das Finanzministerium unterstreicht, den Informationsgesuchen des „TAXE“-Ausschuss nach gekommen zu sein. ●
Lëtzebuurger Journal du 27.10.2015 / page 11

Union Européenne - Budget / Fiscalité
Grüner Tadel auch für Grüne Luxemburgs:

Regierung behindert Sonderausschuß »Taxe«

Auf seinem Weg nach Straßburg machte der aus Hannover stammende Sven Giegold Station in Luxemburg, um sich vor der hiesigen Presse über die Luxemburger Regierung zu beschweren. Auf Nachfrage erklärte er zu wissen, von wem die gebildet wird: seine Forderung nach Transparenz und Herausgabe der Unterlagen richte sich daher auch an den grünen Koalitionspartner. Der kann sich somit nicht mehr mit der LSAP hinter Premierminister Bettel und Finanzminister Gramegna verstecken.

Das Sündenregister

Die Luxemburger Regierung hat, so Giegold, gleich an sieben Stellen die Arbeit des EU-Parlaments behindert, teilweise als nationale Regierung und teilweise in ihrer Funktion der Vorsitzführung im Rat.

So gab es zunächst keine ernsthaften Antworten auf Fragen des Sonderausschusses zur Zahl der Steuervorentscheidungen und deren wirtschaftlichem Wert. Es wurde – allerdings wie von 13 andere Ländern auch – der Zugang verweigert zu Dokumenten der Ratsarbeitsgruppe Unternehmensbesteuerung: alle Luxemburg betreffende Passagen sind geschwärzt. Obendrein durften die nur bei 14 Ländern nicht geschwärzten Dokumente nur in einem Leserraum eingesehen werden! Beim Hearing am 22. September 2015 kam vom Ratsvorsitz keine brauchbare Information.

Der Sonderausschuß erhielt unter Luxemburger Ratsvorsitz keinen Zugang zum Austausch von Steuervorentscheidungen.

Es wurde nichts getan beim Walmart-Skandal: 22 Firmen, davon 5, die 2009 gegründet wurden, sind in Luxemburg eingetragen, ohne daß ein einziger Supermarkt im Land betrieben wird. Fragen nach der Aktivität und Substanz der Firma, die nennenswerte Gewinne im Land versteuert, wurden nur mit »es ist alles in Ordnung laut geltenden Gesetzen« beantwortet. Die Leitlinien zur Bewertung, ob eine Firma wirtschaftliche Substanz hat, wurden trotz Gramegnas mündlichem Versprechen vom 18. Mai 2015 nie geliefert. Dafür ist die Anklage gegen den Informationsgeber Antoine Deltour als großes Hemmnis zu bewerten: es wäre die Pflicht der Regierung, das Gesetz zu Informationsgebern so zu ändern, daß derartige Anklagen unmöglich werden.

Träume sind Schäume

Sven Giegold gehört wohl mit einem Link, mit dem er auf seinem persönlichen Internet-Auftritt zur Unterschrift gegen TTIP auffordert, zu den sympathischeren Grünen. Allerdings lebt er doch in der Illusion, die EU könne Teil der Lösung sein, und er erkennt nicht, daß sie in Wirklichkeit Teil des Problems ist. So zitiert er nicht die Passagen im Lissabon-Vertrag, mit denen die EU sich zu Freihandel und

Beseitigung aller Hemmnisse im Kapitalverkehr verpflichtet, was nur der Profitmaximierung des Großkapitals dient. Und der dient auch die Luxemburger Regierung zu Hause und im Ratsvorsitz hemmungslos.

Giegold zitiert dafür die Forderung nach loyaler Zusammenarbeit der Institutionen laut Artikel 4.3 – wahrscheinlich sehen das Bettel und Gramegna etwas anders.

Papiere oder Klage!

Der Sonderausschuß ist nicht fertig mit seiner Arbeit, weil er nicht die nötigen Unterlagen dazu bekam. Die Grünen werden daher eine Verlängerung seiner Tätigkeit beantragen. Wir werden sehen, wie die anderen Fraktionen der bürgerlichen Einheitspartei das sehen im EU-Parlament. Möglich ist ja, daß sie ganz realistisch der Auffassung sind, die Sache diene dem Kapital und sei daher in Ordnung.

Sven Giegold aber kündigte gestern an, Rat und Kommission zu verklagen vorm Europäischen Gerichtshof, da sie laut Artikel 42 der Grundrechtecharta die Pflicht hatten, Zugang zu den verlangten Informationen zu gewährleisten. Denn besagter Artikel verspricht dies Recht auf Zugang zu Dokumenten sogar jedem Bürger! Giegold meinte auf Nachfrage, er werde da wahrscheinlich nicht gegen Luxemburg und die 13 anderen Verweigerer klagen, das werde ihm zu anstrengend: schließlich seien Rat und Kommission die Haupt-Ansprechpartner des Sonderausschusses.

Rechtsverbindlich seit 1977?

Sven Giegold ließ aufhören mit der Erklärung, seit 1977 sei es eine rechtsverbindliche Vorschrift, Steuervorbescheide spontan allen Steuerverwaltungen mitzuteilen. Doch: »das wurde nicht gemacht«. Mindestens seit 2009 seien diese Verwaltungspraktiken der Kommission bekannt: sie reagierte aber nicht. Wohl weil sie damit das Ziel der EU erfüllt sah, nämlich die Kapitalverwertung zu optimieren. Klar: das sagte Giegold nicht!

Dafür beklagte er sich, daß jetzt der im Rat vereinbarte automatische Informationsaustausch den Zugang der EU-Kommission zu den Namen der Firmen ausschließt: es ist ihr sogar ausdrücklich verboten, beim Wettbewerbsrecht darauf zurückzugreifen. Sie darf das nur zu Statistikzwecken verarbeiten! Das ist erheblich weniger, als seit 1977 hätte getan werden müssen.

Fiat lux?

Wenig amüsiert gab sich Giegold über die Haltung der Luxemburger Regierung, das Urteil der Kommission in Sachen Fiat nicht zu akzeptieren: das passe nicht zu gleichmäßigen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Die danach erfolgte Erklärung, eine eventuelle Nachzahlung in Luxemburg treffe Fiat nicht, da sie dann das Geld von anderen Ländern zurückbekomme, habe er noch nicht steuertechnisch überprüft.

jmj